

GERHARD ROBBERS

Einführung in das Thema und Zielsetzung der Tagung

I.

Diese Krise ist eine Erfolgsgeschichte. Sie beweist Reaktionsfähigkeit, sie zeigt Kraft zu neuen Ideen und sie zeugt von einem Geist der Gemeinsamkeit. Sie bleibt eine Krise. Keine der üblichen, die den Namen Krise nur markttechnischen Erfordernissen von Medien und Politik verdanken, weil die von der Aufmerksamkeit leben. Da ist dann schnell von Krise die Rede. Dies ist eine Krise des Systems. Sie zeigt die Schwäche des Systems, und sie zeigt die Kraft des Systems.

Dass eine solche Krise ausgelöst werden kann aus nichtigem Anlass, dass ein fehlerhaftes Produkt, die unterfinanzierten Immobiliendarlehen amerikanischer Hausbesitzer, die gesamte Weltwirtschaft ins Straucheln bringen kann, das darf nicht sein.

Die Globalisierung der Wirtschaft lässt sich nicht zurückdrehen. Aber durch die Globalisierung wird die Wirtschaft besonders fehleranfällig. Es fehlen die Puffer regionaler Grenzen. Krisen in einer Region konnten sich früher eher an Regionen ohne Krise abfedern – dieser Mechanismus fällt in der Globalisierung weg. Die Krise wird gleichzeitig und dadurch wird die Krise größer. Es müssen neue Puffer gefunden werden.

II.

Deregulierung war das Zauberwort vor der Krise. Deregulierung ist über ihr Ziel hinausgeschossen. Wenn – wie gesagt wird – selbst die Banken nicht mehr recht wussten, was sie mit bestimmten Finanzprodukten kauften, wäre mehr Klarheit der Produkte durchaus angebracht. Ein Markt, der darauf angelegt wäre, dass Schlaue Dummen möglichst viel schlechte Ware verkaufen können – ein solcher Markt wäre der Erhaltung nicht wert, wenn darüber auch noch der Markt zusammenbricht.

Es ist die primär amerikanische Idee, dass möglichst erst nach einem Fehler dieser Fehler durch Schadensersatzansprüche eines Geschädigten ausgeglichen werden soll, in wichtigen Teilen des Finanzmarktes dominant. Vor dem Fehlverhalten soll Freiheit herrschen; wenn es schief geht, wird der Schaden ersetzt. Das wird möglichst mit einem Strafcharakter des Schadensersatzes zur Abschreckung und zur Warnung gekoppelt. Das ist aber jedenfalls dann nicht tauglich, wenn der Fehler so groß ist, dass

er das gesamte System ins Wanken bringt. Da wäre es klüger, vorher den Fehler zu vermeiden. Da müsste eher die vorherige Regulierung gegeben sein. Das fragt nach einem Zulassungssystem für Finanzprodukte. Das fragt nach der Zulässigkeit bestimmter Verhaltensweisen am Markt, der Zulässigkeit von Leerverkäufen etwa.

Betrug mag es immer und überall geben, aber ein *Madoff* mit 50 Milliarden Schadenssumme sollte verhinderbar sein. Es geht bei den Lehren aus dieser Krise nicht zuletzt auch um die Grundideen unterschiedlicher Rechtssysteme.

Transparenz ist eine Grundvoraussetzung eines sicheren Finanzsystems: Transparenz ist verfassungsrechtlich gefordert. Größere Transparenz ist bei Hedgefonds nötig. Die Europäische Union arbeitet zurzeit an entsprechenden Regelungen. Das fragt auch nach Qualifizierungsvoraussetzungen für Hedgefondsmanager, ähnlich wie die, die für Bankenvorstände gelten. Transparenz muss auch gelten für Ratingagenturen.

Transparenz kann aber auch schädlich sein. Etwa dann, wenn durch zu kurzfristige Veröffentlichungspflichten Risiken überproportional groß erscheinen. Abgesehen von den Kosten solcher Veröffentlichungspflichten, können sie Vertrauen beschädigen und so das System gefährden.

III.

Es macht nicht wirklich Mut, wenn ein Vorstand der Allianz sagt, dass er und alle anderen Akteure auf dem Finanzmarkt vor der Krise nachgerade gedopt waren, im Rausch gekauft und verkauft haben. Es war keine gute Meldung und nicht einmal ein guter Witz: Die Feststellung, dass dann die Börse besonders gut lief, wenn der Testosteronspiegel auf dem Parkett am höchsten war. Ein wenig mehr Rationalität wünschte man sich doch.

Diese Tagung kann dazu beitragen, Strukturelemente eines rationaleren, eines krisenfesteren, elastischeren, eines gerechteren Finanzsystems zu entwickeln. Sie kann Meinungsbildung bewirken und Überzeugungsarbeit leisten.

Diesem Finanzsystem mag auch ein gewisses Maß an Entschleunigung gut tun. Dass Entscheidungen vorher einigermaßen bedacht werden, mag ja auch hilfreich sein. Nur Schnelligkeit ist wohl eher ein Nachteil. Ich habe bei der Bundeswehr auf dem Offizierslehrgang gelernt, dass eine falsche Entscheidung besser ist als gar keine Entscheidung. Die Entscheidung kann aber auch sein, erst einmal weitere Informationen zu gewinnen.

Langfristigkeit ist ein Ziel. Vergütungssysteme, die nachhaltiges Wirtschaften belohnen, sind besser als die, die auf den schnellen Gewinn aus sind ohne echte Rücksicht auf langfristige Folgen.

Es hilft gar nicht, sich an einzelnen Persönlichkeiten abzarbeiten, an Persönlichkeiten, die besonders im Blick der Öffentlichkeit stehen. Das trifft dann auch ganz regelmäßig die Falschen, die, die diese Kritik eher nicht verdient haben.

Es bedarf keiner 80 %-Steuer für Einkommen über 600 000 Euro. Die Forderung der Linken aber zeigt, dass die Ereignisse doch die Systemfrage stellen. Wenn die Schere der Einkommen zu weit auseinanderklafft, gefährdet sich das System selbst. Besonders dann, wenn die, die so viel bekommen, die Krise verursachen. Dann leuchtet nicht mehr ein, dass sie so viel bekommen – jedenfalls dann nicht, wenn die Krise zu Lasten derer geht, die nicht viel haben.

Hohe Managergehälter sind als solche nicht verwerflich. Sie müssen sich rechtfertigen lassen. Der bloße Gewinn eines Unternehmens muss gar kein sinnvolles Kriterium abgeben. Es kann auch eine große Leistung sein, in schwierigen Zeiten den Verlust klein zu halten, das Überleben zu sichern, auch wenn das unter Verlust geschieht.

Es ist in letzter Zeit oft das Wort Gier gefallen. Das ist ein untauglicher Begriff. Jedenfalls wäre es verkehrt, den Menschen ihr Streben nach Eigennutz austreiben zu wollen. Dieses Streben gehört zum Menschen dazu. Es müssen neue Wege gefunden werden, dieses Streben einzuhegen, nutzbar zu machen und Übertreibungen zu verhindern. Dazu sollen diese Bitburger Gespräche beitragen.

IV.

Diese Krise ist eine Erfolgsgeschichte, eine Erfolgsgeschichte besonders für den Staat, für Staatlichkeit. Ich erinnere mich an die ersten Bitburger Gespräche über das Bankensystem, das war im Jahr 2001. Da sprach ein wortmächtiger Vertreter einer der ganz großen deutschen privaten Banken, seine Worte klingen mir heute noch in den Ohren. „Staaten“, sagte er, „Staaten lösen keine Probleme, Staaten sind das Problem.“ Und heute sehen wir das irgendwie umgekehrt. Sich frei zu machen von staatlichen Regeln, sich frei zu machen vom Recht, das ist auch nicht gut für die, die das tun. Das Finanzsystem braucht Regeln nicht zuerst, um es zu begrenzen. Das Finanzsystem braucht Regeln, damit es funktioniert.

Die Schnelligkeit, mit der die Staaten dem Finanzsystem zu Hilfe gekommen sind, straft alle die Lügen, die dem Staat Handlungsunfähigkeit, übergroße Bürokratie, Unvermögen nachgesagt haben.

Der Politik jetzt wieder die Schuld in die Schuhe zu schieben, das geht nicht auf. Die soziale Idee, möglichst jeden durch niedrige Zinsen in die Lage zu versetzen, ein Haus zu kaufen, hat wohl dazu beigetragen, dass die Hypotheken dann nicht mehr bedient werden konnten. Aber die Zinsen zu beweglichen Zinssätzen ausgegeben an Menschen, die ersichtlich damit überfordert sind, das haben doch die Banken. Und die Risiken versteckt in Finanzprodukte, das haben auch die Banken.

Die Ursachen für die Krise aufzudecken, ist ein wichtiges Unterfangen. Lösungen zu finden ist wichtiger. Und Strukturen zu entwickeln, Ähnliches zu vermeiden. Es reicht nicht aus, darauf zu verweisen, dass es eben immer wieder Krisen gibt. Das System muss krisenfester, es muss fehlertoleranter werden.

Jedenfalls scheinen die Stützungsmaßnahmen nahezulegen, dass die Diskussion um eine ganz fixe Begrenzung der Staatsverschuldung erst einmal an ein Ende gekommen

ist. Aber wie der Staatsverschuldung auf Dauer zu begegnen ist, das ist jetzt doch ein gutes Thema auch dieser Bitburger Gespräche.

V.

Es geht bei diesen Bitburger Gesprächen auch um das duale System von Banken und Sparkassen. Das System staatlicher Gewährleistung von Sparkassen scheint so abwegig nicht zu sein. Die, die am schärfsten dagegen gesprochen haben in der Vergangenheit, nutzen im Grunde heute dasselbe Instrument, um kollabierende Privatbanken zu stützen.

Das System der Landesbanken steht auf dem Prüfstand, ihr Geschäftsmodell, ihre Struktur. Wenn es aber nur noch eine Landesbank gäbe für ganz Deutschland, ist ihre Existenzberechtigung nicht mehr ohne Weiteres einsichtig. Landesbanken leben von ihrer Regionalität, von der Nähe zu den Menschen.

Es wird auch darum gehen, eine neue Balance zwischen dem privaten Sektor und dem öffentlichen zu finden. Es ist gut, dass es beide gibt. Die relative Konzentration der Verluste in der jetzigen Krise bei den öffentlichen Banken in Deutschland spricht gegen deren aktuelles Geschäftsgebaren, es spricht nicht gegen ihre Existenz.

Und auch eine Bad Bank mag sinnvoll sein, eine Bank, bei der faule Finanzprodukte ausgelagert werden. Aber es geht nicht, Verluste bloß auszulagern, Verluste zu sozialisieren. Dann müssen auch die Banken die Bad Bank tragen. Auch darüber kann in den kommenden Tagen der Bitburger Gespräche gesprochen werden.

VI.

Die Bitburger Gespräche fragen schon immer danach, wie am besten gesellschaftliche Bedürfnisse rechtlich strukturiert werden sollen. Das Finanzsystem ist übernational geworden. Das Recht ist weithin national geblieben, und europäisch ist im globalen Maßstab auch bloß national. Das fordert globale Strukturen auch des Rechts. Das heißt nicht, dass das nationale Recht nicht mehr taugt. Viele der Antworten des nationalen Rechts gelten auch auf größerer Ebene. Recht ist im Kern gesunder Menschenverstand. Gesunder Menschenverstand gilt auch übernational. Da hat auch die deutsche Verfassung einiges zu bieten. Artikel 14 zum Beispiel: Das Eigentum wird gewährleistet. Aber es heißt dort eben auch: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Das ist nicht nur eine moralische Aussage. Das ist nicht nur eine rechtliche Aussage. Das ist vor allem auch eine ökonomische Aussage. Wenn dieser Satz vergessen wird, bricht das Wirtschaftssystem zusammen. Das ist nicht nur nationales Verfassungsrecht. Das gilt überall.

Eine Umfrage des Instituts Allensbach im letzten Jahr hat einen dramatischen Rückgang der Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung ergeben.

Aber es war nicht wirklich die soziale Marktwirtschaft, die zunehmend kritisch gesehen wird. Es war eine reine, eine übersteigerte Marktwirtschaft, eben keine soziale, der diese Abwendung galt, schon vor der Krise des Finanzsystems und vor der nachfolgenden Krise der Realwirtschaft. Es geht nicht an, dass spekulatives Kapital mit den Reisernten der Welt spekuliert, und dann die Menschen ihr Essen nicht mehr bezahlen können. Die Spekulation gegen eine Landeswährung, also gegen ein ganzes Land, die lässt sich allgemein nicht vermitteln. So etwas hat ja die Asienkrise vor nicht allzu langer Zeit ausgelöst. Wenn Solidarität und soziale Verantwortung keine Bedeutung mehr haben, geht das Vertrauen verloren. Dann leidet das System insgesamt. Ein globales Finanzsystem kann auf Dauer nur existieren, wenn es eine globale Solidarität gibt, eine globale soziale Verantwortung.

Diese Bitburger Gespräche können die Probleme aus einer Fülle von Perspektiven beleuchten. Je kontroverser die Bitburger Gespräche sind, desto größer ist die Chance, neue Wege zu finden – oder alte, richtige Wege zu bestätigen.